

Die 32. Internationale Tagung der Integrations- und Inklusionsforscher/innen in Gießen hat am 24.2.2018 folgende Resolution anlässlich der bevorstehenden Landtagswahl in Hessen verabschiedet:

Die Hessische Landesregierung fährt Inklusion an die Wand

Inklusion meint das gemeinsame Leben und Lernen der Verschiedenen. Inklusive Bildung als menschenrechtsbasierter Anspruch im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) wird in Hessen allerdings aus den folgenden Gründen konterkariert:

1. Es gibt keine klare Konzeption und Steuerung der Umsetzung der UN-BRK, die Standards und Benchmarks enthält. Die aufgelegten Modellversuche tragen nicht zur eindeutigen Verständigung über eine nachvollziehbare und einklagbare Qualität von Inklusion bei. Zudem fehlt es an einem stringenten Konzept für die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte für Inklusion.
2. Die vorhandenen personellen Ressourcen im Bildungssystem werden durch das Zwei-Wege-Modell verschwendet. Insbesondere wird der damit verbundene offensichtliche Rückbau von Ressourcen im Regelschulsystem verschleiert.
3. Der Elternwille wird instrumentalisiert zur Sicherung des Förderschulsystems, das nicht der UN-Behindertenrechtskonvention entspricht.
4. Die Fehlplanung in Bezug auf den tatsächlichen Lehrkräftebedarf führt ebenfalls zu erheblichen Versorgungslücken.
5. Die fehlende Mitgliedschaft von Förderschullehrkräften an der Regelschule verhindert eine gemeinsame und kontinuierliche Schul- und Unterrichtsentwicklung. Die Teilabordnungen führen zu erheblichen Reibungsverlusten in zeitlicher, inhaltlicher und organisatorischer Hinsicht. Die regelmäßig wiederkehrenden Auftrags- und Rollenklärungen sind hierfür ein Symptom.
6. Das gegenwärtige Assistenzsystem ist kein Ersatz für qualifiziertes multiprofessionelles Personal (Erzieher_innen, Sozialpädagog_innen) zur umfassenden Umsetzung des Bildungsanspruches aller Kinder.

Die Landesregierung übernimmt somit keine Verantwortung für die konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf der Ebene der landespolitischen Steuerung von Schul- und Unterrichtsentwicklung, Aus- und Fortbildung. Wir fordern daher ein radikales Umdenken und Umsteuern, so dass allen Kindern und Jugendlichen ein gemeinsames Aufwachsen und eine je individuelle Entwicklungen ermöglicht wird.